

KIS Ruhr e.V.  
Postfach 630146  
44849 Bochum

26.4.2013

### **Einführung eines Katzenkastrations- und Kennzeichnungsgebotes**

Sehr geehrter Herr Scheffler,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 14.4.2013.

Die grüne Ratsfraktion hat sich in der Vergangenheit mehrfach mit dem von Ihnen angesprochenen Problem auseinandergesetzt. Ihre Forderung wurde im November 2010 auch schon im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden behandelt. Der Ausschuss stand Ihrem Anliegen durchaus positiv gegenüber, gleichwohl hat er beschlossen:

1. "Die Stadt Bochum kann bei der derzeit vorhandenen dargestellten Rechtslage kein Kastrations- und Kennzeichnungsgebot für frei laufende Katzen in die Ordnungsbehördliche Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Stadt Bochum (BOSVO) aufnehmen.
2. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden des Rates der Stadt Bochum appelliert an die Landesregierung, den rechtlichen Rahmen zu schaffen, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, ein Kastrations- und Kennzeichnungsgebot für frei laufende Katzen in die jeweilige ordnungsbehördliche Verordnung aufnehmen zu können."

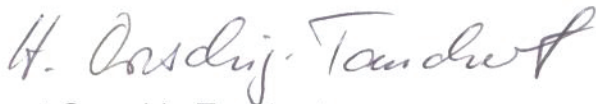
Seitdem hat sich die Rechtslage weder im Land noch durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes im Bund verändert. Einen erneuten Vorstoß für ein Kastrations- und Kennzeichnungsgebot im Bochumer Rat halte ich deshalb für aussichtslos.

Herr Kipper, Geschäftsführer des Vereins "Tiere in Not", hat die Situation m. E. realistisch eingeschätzt, als er im WAZ-Interview vom 19.12.2011 erklärte:

“Ich bin aber gegen eine kommunale Kastrationspflicht. Die rechtliche Grundlage fehlt. Möglich wäre für Bochum nur eine kommunale Verordnung, aber kein Gesetz. Solch ein Alleingang würde kippen bei der ersten Klage. Kastrationspflicht gehört ins Bundestierschutzgesetz samt einer Registrierung, wie in Belgien.”

Die Tatsache, dass inzwischen mehrere Gemeinden ohne sichere Rechtsgrundlage eine solche Verordnung beschlossen haben, ändert nichts an dieser Einschätzung. Ohne Gesetzesänderung auf Landes- oder Bundesebene sind uns leider die Hände gebunden.

Mit freundlichen Grüßen



Helmut Orzschig-Tauchert  
Umweltpolitischer Sprecher der  
Grünen im Rat und Mitglied im Ausschuss  
für Anregungen und Beschwerden